

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Günter Rexrodt, Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001
– Drucksachen 14/4000 Anlage, 14/4302, 14/4511, 14/4521, 14/4522, 14/4523 –**

**hier: Einzelplan 11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 11 09 – Förderung der Eingliederung und Rückeingliederung ausländischer Arbeitnehmer – ist bei Titel 542 21 – Öffentlichkeitsarbeit – der Ansatz von 200 TDM um 1 000 TDM auf insgesamt 1 200 TDM zu erhöhen.

Berlin, den 27. November 2000

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Mitte 2001 wird die von Bundesminister Otto Schily eingesetzte Zuwanderungskommission ihre Arbeit abschließen. Ihre Empfehlungen sollen zügig umgesetzt werden und in ein Einwanderungsgesetz münden. Um die dafür notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung herzustellen, bedarf es begleitend einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit. Die dazu erforderlichen Mittel sind bei der Ausländerbeauftragten zu etatisieren. Sie orientieren sich der Höhe nach an der Summe, die für die Öffentlichkeitsarbeit bei der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zur Verfügung stand.

